

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	V
ABKÜRZUNGEN	XI
EINLEITUNG	
Der Begriff „Sozialisierung“. Sein Auftauchen nach dem Ersten Weltkrieg	1
I. PARTEIEN UND INTERESSENVERBÄNDE IN DER SOZIALISIERUNGSFRAGE. HAUPTPROBLEME DER SOZIALISIERUNG UND SOZIALISIERUNGSPROGRAMME	8
I.1. SOZIALDEMOKRATIE UND SOZIALISIERUNG	8
I.1.1. Ausgangsposition	8
I.1.2. Diktatur oder Demokratie?	9
I.1.3. Probleme der Sozialisierung	24
I.1.4. Das Sozialisierungsprogramm der österreichischen Sozialdemokratie. Otto Bauers „Weg zum Sozialismus“	31
I.1.5. Programmatische Alternativen	38
I.1.5.1. Rudolf Goldscheid. Vermögensabgabe und Staatssozialismus	38
I.1.5.2. Otto Neurath. Vollsozialisierung	42
I.1.5.3. Emil Lederer. Vertrustung	45
I.1.5.4. S. Kaff und W. Wilhelm. Vergenossenschaftung	47
I.1.5.5. Karl Renner als Sozialisierungstheoretiker	49
I.2. KOMMUNISTISCHE VORSTELLUNGEN	54
I.3. DIE SOZIALISIERUNGSFRAGE IM BÜRGERLICHEN LAGER	57
II. DIE ÖSTERREICHISCHE SOZIALISIERUNGSAKTION	68
II.1. DIE SOZIALISIERUNGSFRAGE IM WAHLKAMPF FÜR DIE FEBRUARWAHLEN 1919	68
II.2. DER BEGINN DER SOZIALISIERUNGSAKTION. DIE AKTIONSPROGRAMME DER PARTEIEN NACH DEN WAHLEN, DAS GESETZ ÜBER DIE VORBEREITUNG DER SOZIALISIERUNG UND DIE EINSETZUNG DER SOZIALISIERUNGSKOMMISSION	78
II.3. DIE ARBEIT DER SOZIALISIERUNGSKOMMISSION. DIE KONTAKTVERSUCHE DER BAYRISCHEN RÄTEREGIERUNG	96
II.4. DER VERSUCH ZUR SCHAFFUNG DER ALLGEMEINEN GESETZLICHEN GRUNDLAGEN DER SOZIALISIERUNG	100
II.4.1. Die Einführung von Betriebsräten als erste konkrete gesetzgeberische Maßnahme der Sozialisierungsaktion	100
II.4.1.1. Betriebsräte und Sozialisierung	100
II.4.1.2. Zur Entwicklungsgeschichte des Betriebsrätegesetzes. Die Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen	108
II.4.1.3. Die Verhandlungen im Sozialisierungsausschuß der Nationalver-	

	sammlung. Die erste Niederlage der Sozialdemokraten in der So- zialisierungsfrage	115
II.4.1.4.	Das Betriebsrätegesetz vom 15. Mai 1919	119
II.4.1.5.	Reaktionen und Konsequenzen. Die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften. Der verlorene Bezug zur Sozialisierung	120
II.4.2.	Enteignung	125
II.4.2.1.	Zur grundsätzlichen Problematik. Über die Notwendigkeit der Entschädigung im Programm der sukzessiven Sozialisierung	125
II.4.2.2.	Zur Entstehungsgeschichte des Gesetzes über das Verfahren bei der Enteignung von Wirtschaftsbetrieben vom 30. Mai 1919. Das Erstarken des bürgerlichen Widerstandes	132
II.4.3.	Die Frage der gesellschaftlichen Verwaltung der Produktionsmit- tel. Das Gesetz über gemeinwirtschaftliche Unternehmungen	141
II.4.3.1.	Der Stellenwert des Gesetzes im Sozialisierungsprogramm. Grund- sätzliche Probleme. Zur Frage der Gewinnbeteiligung	141
II.4.3.2.	Vom ersten Entwurf der Sozialisierungskommission zum Gesetz vom 29. Juli 1919. Verzicht auf eine konsequente Verwirklichung des Bauerschen Modells	147
II.4.3.3.	Konsequenzen. Praktische Bedeutungslosigkeit der neuen Rechts- formen. Die Bestrebungen der Sozialisierungskommission und der Gemeinde Wien zur Anwendung des Zwangsbeteiligungs- rechtes öffentlicher Körperschaften an privaten Gesellschaften	159
II.4.3.4.	Die Diskussion um die Umwandlung von Bundesbetrieben in ge- meinwirtschaftliche Anstalten	167
II.4.4.	Kommunalisierung	172
II.4.4.1.	Die Konzentration auf traditionelle Bereiche kommunaler Wirt- schaft im Gesetzentwurf über die Vergesellschaftung von Unter- nehmungen durch Gemeinden	172
II.4.4.2.	Exkurs: Zur Frage der Kommunalisierung des Wohnungswesens	175
II.4.5.	Der Gesetzentwurf über die Bildung von Industrieverbänden. Orientierung an kriegswirtschaftlichen Vorbildern	178
II.5.	ÖKONOMISCHE HAUPTPROBLEME DER SOZIALISIERUNG IN ÖSTERREICH	182
II.5.1.	Das Sozialisierungsprogramm der Regierung vom 21. Mai 1919. Abgrenzung des Umfanges der Sozialisierungsaktion	182
II.5.2.	Kohlenwirtschaft. Der Primat des Handels	188
II.5.3.	Eisenindustrie. Zentralproblem Alpine-Montan-Gesellschaft. Der Verkauf der Alpine-Aktien ins Ausland	197
II.5.4.	Forstwirtschaft. Der Widerstand der Länder gegen die Pläne der Sozialisierungskommission	206
II.5.5.	Elektrizitätswirtschaft. Zentralismus oder Partikularismus? Die Frage der Finanzierung des Ausbaus der österreichischen Wasser- kräfte	213
II.5.6.	Zur Stellung der chemischen Industrie, der Textilindustrie und peripherer Bereiche der Wirtschaft in den Plänen der Sozialisie- rungskommission	223
II.5.7.	Die Ausklammerung der Banken und Versicherungen aus den So- zialisierungsplänen	226
II.5.8.	Die Agrarfrage, ein Zentralproblem der österreichischen Soziali- sierungsaktion	228
II.5.8.1.	Sozialdemokratie und Agrarfrage. Bauernschaft und Sozialisie- rung	228
II.5.8.2.	Gesetzgeberische Versuche. Konzentration auf den Großgrund- besitz	237
II.5.8.3.	Exkurs: Die Siedlungsbewegung als kleinbürgerliches Korrelat	

	der Sozialisierungsbestrebungen	241
II.6.	DAS ENDE DER SOZIALISIERUNGSAKTION	245
II.6.1.	Rückschlag und Scheitern	245
II.6.2.	Die weitere Tätigkeit der Sozialisierungskommission. Konzentration auf die Gründung und Verwaltung gemeinwirtschaftlicher Anstalten. Schattendasein der Kommission bis 1934	255
III.	DIE GEMEINWIRTSCHAFTLICHEN ANSTALTEN ALS PRAKTISCHE ERGEBNISSE DER SOZIALISIERUNGSAKTION	261
III.1.	GRUNDSÄTZLICHE PROBLEMATIK	261
III.1.1.	Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten im Selbstverständnis der Sozialdemokratie. Die „Keimzellentheorie“	261
III.1.2.	Das Experiment gemeinwirtschaftlicher Verwaltung. Die Rolle der Interessenvertreter	268
III.1.3.	Betriebsdemokratie in den gemeinwirtschaftlichen Anstalten	277
III.1.4.	Der Beitrag der gemeinwirtschaftlichen Anstalten zur Erfassung grundsätzlicher Probleme der Gemeinwirtschaft. Lohnsystem, Gewinnbeteiligung und Preiskalkulation	279
III.1.5.	Das Finanzierungsproblem	282
III.1.6.	Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten als Machtpositionen der Arbeiterbewegung	284
III.2.	„KEIMZELLEN“ DER SOZIALISIERUNG. „SCHUH-GEWA“ UND „HEILMITTELSTELLE“	286
III.2.1.	Die „Vereinigten Leder- und Schuhfabriken, gemeinwirtschaftliche Anstalt“ („Schuh-Gewa“)	286
III.2.1.1.	Vorgeschichte und Gründung. Die Pläne zur Sozialisierung der Leder- und Schuhindustrie	286
III.2.1.2.	Die Betriebsverfassung der „Schuh-Gewa“	290
III.2.1.3.	Die Entwicklung der Anstalt in den ersten Jahren ihres Bestehens (bis Ende 1922). Die Versuche zur Expansion in der Leder- und Schuhindustrie	293
III.2.1.4.	Die Schuh-Gewa 1923–1934	296
III.2.2.	Die „Österreichische Heilmittelstelle, gemeinwirtschaftliche Anstalt“	299
III.2.2.1.	Die Bestrebungen zur Sozialisierung der Arzneimittelversorgung und die Gründung der Heilmittelstelle	299
III.2.2.2.	Exkurs: Die Entwürfe Tandler und Hanuschs zur Sozialisierung des Apothekenwesens	302
III.2.2.3.	Die innere Struktur und die Arbeitsbedingungen in der Heilmittelstelle in den ersten Jahren ihres Bestehens	304
III.2.2.4.	Die wirtschaftliche Entwicklung der Heilmittelstelle in der Anfangszeit	307
III.2.2.5.	Die Versuche zur Bildung eines gemeinwirtschaftlichen Konzerns der Heilmittelbranche. Beteiligungen und Tochtergesellschaften der Heilmittelstelle	310
III.2.2.6.	Die Entwicklung der Heilmittelstelle 1923–1934	311
III.3.	EIN ERBE DES KRIEGES. DIE UMWANDLUNG DER GROSSEN HEERESBETRIEBE IN GEMEINWIRTSCHAFTLICHE ANSTALTEN	314
III.3.1.	Probleme der Sachdemobilisierung. Die vier großen Heeresbetriebe nach dem Krieg	314
III.3.2.	Die Österreichischen Werke	317

III.3.2.1.	Die Entwicklung des Arsenalns bis Ende 1920	317
III.3.2.2.	Die Gründung der Österreichischen Werke	319
III.3.2.3.	Grundzüge der Organisation. Zur Frage der Betriebsdemokratie	320
III.3.2.4.	Die wirtschaftliche Entwicklung der Österreichischen Werke von ihrer Gründung bis zur Reorganisation des Jahres 1925	323
III.3.2.5.	Die Österreichischen Werke 1926—1934	328
III.3.3.	Die Fischamender Werke	328
III.3.3.1.	Vorgeschichte und Gründung	328
III.3.3.2.	Die gemeinwirtschaftliche Anstalt 1922/23	331
III.3.3.3.	Der Niedergang der Fischamender Werke	334
III.3.4.	Exkurs: Die Wöllersdorfer Werke als Alternative zu den gemeinwirtschaftlichen Versuchen zur Weiterführung der ehemaligen Heeresbetriebe	336
III.3.5.	Die „Wasserkraftwerke Blumau, gemeinwirtschaftliche Anstalt“	339
III.3.5.1.	Die Staatsfabrik Blumau nach dem Krieg. Die Gründung „gemischtwirtschaftlicher“ Gesellschaften und der gemeinwirtschaftlichen Anstalt	339
III.3.5.2.	Das Scheitern der Pläne zur Gründung einer gemeinwirtschaftlichen Dachgesellschaft für Blumau	342
III.3.5.3.	Die Entwicklung der „Wasserkraftwerke Blumau“ bis zur Auflösung der gemeinwirtschaftlichen Anstalt 1927	343
III.3.6.	Die Steirischen Fahrzeugwerke	344
III.3.6.1.	Vorgeschichte und Gründung	344
III.3.6.2.	Die Anstalt im ersten Jahr ihres Bestehens. Organisation und wirtschaftliche Entwicklung	346
III.3.6.3.	Die Umstellung des Werkes auf Serienproduktion. Die Entwicklung bis zur Krise des Jahres 1924	348
III.3.6.4.	Das Ende der Steirischen Fahrzeugwerke	349
III.4.	„HOLZMARKT“ UND „GESIBA“	351
III.4.1.	Der Holzmarkt	351
III.4.2.	Die Gesiba	354
III.4.2.1.	Gründung. Die Organisation der Anstalt und der Beginn ihrer Tätigkeit	354
III.4.2.2.	Tätigkeit und Entwicklung der Gesiba bis 1927	356
III.4.2.3.	Engste Verknüpfung mit der Gemeinde Wien. Die Gesiba 1927—1934	358
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS		361
ARCHIVALIEN		361
GEDRUCKTE QUELLEN		363
ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN		371
DARSTELLUNGEN		373
ANMERKUNGEN		377